

# WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

MONTAG, 8. AUGUST 2022 | 78. JAHRGANG | NR. 183 | EINZELPREIS 2,20 €

## Andere Länder, andere Pläne

Einmal im Jahr wird – wie hier in Rom – während der „Earth Hour“ auf Beleuchtung verzichtet. Die „Stunde der Erde“ im März soll ein Zeichen für den Klimaschutz setzen. Aus der symbolischen Aktion könnte in der Energiekrise ein Dauerzustand werden. Die Länder in Europa sind unterschiedlich betroffen: Frankreich setzt auf Kernkraft, in Dänemark dominieren erneuerbare Energien. Alle europäischen Staaten müssen Energie sparen, auch um die Abhängigkeit von Ländern wie Deutschland von Öl, Kohle und Gas aus Russland zu kompensieren.

TEXT: DPA/FOTO: DPA  
Thema Seite 3



## Naturschützer rüsten gegen Hansalinie

BUND will die nächste Ausbaustufe des Gewerbegebiets in der geplanten Form verhindern und droht mit Klage

VON JÜRGEN HINRICHS

**Bremen.** Es ist ein großer Happen für die Entwicklung von Gewerbeflächen in Bremen – nun könnte sich der Senat daran verschlucken: Die Naturschützer vom BUND erwägen eine Klage gegen den Plan, in der Arberger Marsch rund 130 Hektar zu bebauen. Die Fläche wäre der dritte Abschnitt des Gewerbegebiets Hansalinie direkt an der Autobahn 1 und unweit vom Verkehrsknotenpunkt Bremer Kreuz. Senat und Bürgerschaft wollen nach der Sommerpause Fakten schaffen.

Abgesehen davon, dass der zuständige Beirat Hemelingen strikt gegen das 62 Millionen Euro teure Projekt ist, besteht das Risiko, sich in langwierige Auseinandersetzungen vor den Gerichten zu verstricken. „Wir setzen immer noch auf Gesprächsbereitschaft, sollte das nicht fruchten, werden wir die Rechtslage prüfen und im Zweifelsfall klagen“, kündigt BUND-Geschäftsführer Martin Rode im Gespräch mit dem WESER-KURIER an. Die Organisation hatte mit juristischen Mitteln zuletzt den Offshore-Terminal in Bremerhaven verhindert.

Der Gewerbepark hat insbesondere für das nahe gelegene Mercedes-Werk eine große

Bedeutung. Darauf weist die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) hin, die das Gebiet vermarktet. „Aber auch viele anderen Branchen – insgesamt sind mehr als 120 Unternehmen mit etwa 5000 Beschäftigten vor Ort – profitieren von der optimalen Verkehrsanbindung“, heißt es in einer Information zum Gewerbegebietsplan, die mit „Logenplatz für die Automobilwirtschaft“ überschrieben ist. Ende 2017 sei mit den Planungen für die nächste Baustufe begonnen worden: 130 Hektar in der Arberger Marsch, für die jetzt vom Parlament der Bebauungsplan verabschiedet werden soll.

„Im Beteiligungsverfahren haben wir unsere Einsprüche eingereicht; sie wurden allesamt zurückgewiesen“, erklärt Joachim Seitz vom Vorstand des BUND. Der Naturschützer findet das empörend: „So gehts überhaupt nicht.“ Anders als der Senat behauptet, könne keine Rede davon sein, dass auch bei den Gewerbeflächen neuerdings mit Rücksicht auf Umwelt und Klima geplant wird. Das Gegenteil sei der Fall. Hinzu komme, dass gegen geltendes Recht verstoßen werde. Seitz macht seine Kritik an drei Punkten fest.

Flächenverbrauch: Hier wirft der BUND den Behörden vor, die Arberger Marsch in zu

große Baufelder aufteilen zu wollen – mit der Folge, dass unnötig Fläche in Anspruch genommen werde, statt in die Höhe zu bauen, wie es geboten wäre. „Können wir uns das noch leisten, so viel Grund und Boden zu verbrauchen“, fragt Seitz. 130 Hektar entspricht der Größe von 182 Fußballfeldern. Sollten sie bebaut werden, hätte der Gewerbegebietsplan eine Gesamtgröße von rund 400 Hektar.

Aus Sicht des BUND soll in dem Gebiet einfach so weitergemacht werden wie bisher: Hallen mit einem Geschoss, maximal zwei, und jeder Menge Autoparkplätze. „Natürlich ist es für die WFB einfacher, große Flächen zu vergeben“, sagt Martin Rode. Im neuen Gewerbeentwicklungsplan sei aber festgelegt, künftig höher bauen zu lassen, dieses Ziel werde auf diese Weise nicht erreicht. Dabei schreibe auch das Baugesetzbuch vor, möglichst flächensparend zu bauen.

Klimaschutz: Als positiv bewertet der BUND, dass bei den geplanten Gebäuden die Hälfte der Dächer mit Solarstromanlagen bestückt werden sollen. Diese Regelung ist in der Zwischenzeit nachgeschärft worden: „Bei einzelnen Grundstücksvergaben sind Vereinbarungen für eine mindestens 70-prozentige Fotovoltaik-Nutzung auf Dachflächen zu schaffen“, heißt es in einer Vorlage.

Gleichzeitig, kritisieren die Umweltschützer, werde Wald vernichtet, insgesamt sechs Hektar. Die rund 50.000 Bäume sind nach Angaben des früheren Besitzers vor 26 Jahren angepflanzt worden. Der BUND fordert, die beiden Waldstücke zu erhalten und sie als grüne Inseln, die Kohlenstoff binden und das Klima schützen, in die Planung zu integrieren. Die geplanten Ersatzpflanzungen könnten den Verlust nicht ausgleichen, da sie erst einmal heranwachsen müssten.

Kompensation: Den Wald nimmt der BUND als Beispiel, dass bei den Planungen zu wenig daran gedacht worden sei, möglichst schonend vorzugehen, wie es das Naturschutzrecht vorschreibe. Gleiches gelte für die Strauchhecken auf dem Areal, die streng geschützten Vogelarten Brutmöglichkeiten böten. Seitz sagt, er sei regelrecht schockiert, wie wenig Kompensation es dafür gäbe. Die Fläche für das Gewerbegebiet sei als Natur zu gering bewertet worden, der Ersatz dafür dagegen zu hoch. Rechtlich sei das unzulässig.

BUND-Geschäftsführer Rode empfiehlt der Stadt, deutlich nachzubessern, andernfalls werde seine Organisation ein Normenkontrollverfahren anstrengen.

Kommentar Seite 2

## Ortskräfte: Taliban behindern Ausreise

**Kabul.** Die militant-islamistischen Taliban behindern nach Angaben der Bundesregierung die geplante Ausreise gefährdeter Afghanen. Wegen immer neuer Schikanen der Machthaber in Kabul gerate das Notfallprogramm für Tausende früherer Ortskräfte, politische Aktivisten und Künstler ins Stocken, berichtet der „Spiegel“ und beruft sich auf Zahlen des Auswärtigen Amtes.

Es sei gelungen, im Juli 1044 Afghanen nach Deutschland zu bringen. Von Anfang Juli bis Mitte September sollte ursprünglich 7700 Afghanen die Ausreise ermöglicht werden. Dieses Ziel erscheine angesichts der zunehmend strikteren Kontrollen der Taliban mittlerweile nicht mehr realistisch, so der „Spiegel“. Aus dem Auswärtigen Amt hieß es dazu, die Ausreisen gingen derzeit langsamer voran. Die Taliban ließen Afghanen lediglich ausreisen, wenn sie über einen Reisepass verfügten – allerdings würden in dem Land kaum Pässe ausgestellt.

DPA

H 7166 • 28189 BREMEN



### BREMEN

#### Wenig freie Termine beim Bürgerservice 7

„Versuchen Sie es zu einem späteren Zeitpunkt erneut.“ Diese Antwort erhalten Bremer, wenn sie sich beim Bürgerservice um einen Termin bemühen. Laut Innenressort sind die Servicecenter überlastet.

### NIEDERSACHSEN

#### Die Rückkehr der Feriengäste 12

Zur Halbzeit der Sommerferien in Niedersachsen ziehen verschiedene Tourismusgesellschaften eine Zwischenbilanz. Es gibt Veränderungen, weiterhin Sorgen, insgesamt aber eine positive Entwicklung.

### WIRTSCHAFT

#### Wo der Staat nachhelfen muss 13

Warum fällt es vielen Menschen so schwer, ihr Verhalten zu ändern – obwohl es vernünftig wäre, beispielsweise, um zu sparen? Was muss der Staat tun, um nachzuhelfen? Das erläutert Lars Hornuf, Bremer Professor für Betriebswirtschaftslehre und Verhaltensökonom, im Gespräch mit dieser Zeitung.



FOTO: BÜTTNER/DPA

Fernsehen .....	16	Lesermeinung .....	15
Gesundheitsseite .....	18	Rätsel & Roman .....	23
Kinderzeitung extra .....	24	Tipps & Termine .....	10

## RBB-Intendantin zurückgetreten

**Berlin.** Die Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB), Patricia Schlesinger, ist zurückgetreten. „Schlesinger legt ihr Amt als Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg mit sofortiger Wirkung nieder“, teilte der Sender am Sonntag mit. Bereits am vergangenen Donnerstag hatte die 61-jährige den ARD-Vorsitz aufgegeben.

Schlesinger stand seit Wochen wegen dubioser Beratergeschäfte, Abendessen in ihrer Privatwohnung, explodierenden Kosten bei einem neuen „digitalen Medienhaus“ und einem mit Rabatt erworbenen Dienstwagen in der Kritik. Zuletzt hatte die „Bild“-Zeitung im Büro der Intendantin berichtet. Die Kosten dafür beliefen sich seit ihrem Amtsantritt 2016 auf rund 650.000 Euro. Die Senderchefin wies die Anschuldigungen gegen sie zurück. Sie sprach von „persönlichen Anwürfen und Diffamierungen“.

Brandenburger Landespolitiker begrüßten den Rücktritt Schlesingers. „Die wochenlange Hängepartie bis zu einer vollständigen Aufklärung war für den RBB, seine Mitarbeiter und die Gebührenzahler nicht länger hinnehmbar“, sagte der SPD-Mediensachverständiger Erik Stohn. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Potsdamer Landtag, Jan Redmann, nannte den Rücktritt „zwangsläufig“.

Kommentar Seite 2

## ÜBRIGENS ...

... wurde am Wochenende in Wacken ein Weltrekord aufgestellt. Auf dem Musikfestival in Schleswig-Holstein hat der Hamburger Musiker Johannes „Johnny“ Ritter 327 Meter über dem Festival-Gelände im Korb eines Heißluftballons ein Luftgitarren-Solo gespielt. Laut Organisatoren ist das die bisher höchste derartige Einlage der Welt. Das allerdings war kein Kunststück, denn ein solcher Versuch ist zuvor noch nie unternommen worden. Deshalb einigte man sich vorab auf eine Mindesthöhe von 300 Metern, in der in einem 60-sekündigen Solo möglichst viele spektakuläre Posen gezeigt werden müssten. Spannender war laut Experten allerdings, wie der Ballon in dieser Höhe auf das Gezappel reagieren würde.

DPA

## WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
24°	12°	30%

Nur vereinzelt etwas Regen  
Ausführliches Wetter Seite 6